

## Schneller Schuldenabbau

Steven Schwartz, Generalbevollmächtigter des Internationalen Währungsfonds IMF, sagte am 15. Mai 2006 in Jakarta, Indonesien habe das Recht, die Abzahlung der Raten an den IMF zu beschleunigen. Dies sei das Recht jedes IMF-Mitglieds. »Ein Staat kann seine Schulden zurückzahlen, wann immer er möchte«, so Schwartz nach einem Treffen mit Vizepräsident Jusuf Kalla in Jakarta. Seiner Meinung nach ist eine formale Diskussion über eine mögliche Beschleunigung der Rückzahlung der Schulden unnötig. Schwartz sagte, die Erholung und Stärkung der Ökonomie eines Mitgliedslandes seien relevante Faktoren für die Beschleunigung der Schuldentrückzahlung. Mit der indonesischen Wirtschaft, so Schwartz, gehe es aufwärts, und es sei zu erwarten, dass sich dieser Trend in Zukunft fortsetze. Der Vorschlag, die Schulden schneller zurückzuzahlen, war von der Bank Indonesia, der Zentralbank, unterbreitet worden. Bank Indonesia hält eine Rückzahlung in Anbetracht der reichlich vorhandenen Reserven in fremder Währung für sinnvoll. Die Zentralbank ist gerade dabei, das Konzept und den Zeitplan der Rückzahlung auszuarbeiten. Die Schulden Indonesiens beim IMF belaufen sich derzeit auf 7,8 Milliarden US-Dollar. Der IMF hat zugesichert, dass es für die schnellere Rückzahlung der Schulden kein Bußgeld geben wird. Die Schulden sollen von den indonesischen Reserven fremder Währung bezahlt werden, die sich derzeit auf 42,8 Milliarden US-Dollar belaufen.

vgl. Tempointeraktiv.com, 15.5.06

## Schweres Erdbeben

Bei einem schweren Erdbeben auf der indonesischen Insel Java sind am Morgen des 27. Mai 2006 mehr als 3.700 Menschen ums Leben gekommen und mindestens genauso viele verletzt worden. Das Epizentrum des Bebens der Stärke 6,2 auf der Richterskala lag Behördenangaben zufolge 37 Kilometer südlich der zentraljavanesischen Universitätsstadt Yogyakarta im Meer. Mit weiteren Todesopfern wird gerechnet. Außerdem befürchtet das Rote Kreuz mehr als 200.000 Obdachlose aufgrund des Bebens. Bei den Anwohnern der Region brach Panik vor einer erneuten Flutwelle wie zu Weihnachten 2004 aus. Der Flughafen

Yogyakartas wurde geschlossen. Durch die hohe Anzahl der Verletzten sind die Krankenhäuser der betroffenen Region häufig völlig überfordert. Präsident Susilo Bambang Yudhoyono sandte Soldaten ins Katastrophengebiet, die bei den Rettungsarbeiten helfen sollen. Regierungen in aller Welt boten Jakarta bereits ihre Hilfe an.

Unweit von Yogyakarta befindet sich auch der Vulkan Merapi, der in den vergangenen Wochen kurz vor einem Ausbruch stand. Vulkanologen erklärten, das Beben sei zwar nicht durch den Vulkan ausgelöst worden, könne jedoch seinerseits die Aktivität des Merapi verstärken.

vgl. Spiegel online 27.5.2006

## Geschäftsleute und Arbeiter dialogbereit

Geschäftsleute und Arbeiter wollen im Juni 2006 in beidseitigen Dialog miteinander treten. Als Konsequenz dieses Dialoges erhofft man sich, Lösungen zu finden, die Arbeitslosigkeit reduzieren und das Investitionsklima in Indonesien verbessern zu können. »Wir hoffen, dass Präsident Yudhoyono das Meeting eröffnen wird«, so Rekson Silaban, Generalvorsitzender des Indonesischen Gewerkschaftsbündnisses KSBSI am 13. Mai. Es ist geplant, dass Arbeiter durch KSBSI, das Bündnis aller indonesischen Gewerkschaften und die Gewerkschaften, die zu US-amerikanischen Firmen gehören, sowie zwei weitere Handelsverei-

nigungen vertreten werden. Der Verband Indonesischer Arbeitgeber (Apindo) wird durch seine Beamten und ausgewählte Geschäftsleute repräsentiert. Sofyan Wandandi, der Vorsitzende von Apindo, sagte: »Dies ist eine konkrete Form, durch die das Investitionsklima verbessert werden kann«. Seiner Meinung nach ist die Tatsache positiv zu bewerten, dass die Geschäftsleute und Arbeiter ein kleines Team gebildet hätten, um zur Verbesserung des Investitionsklimas beizutragen. Die Ergebnisse des Teams sollen anlässlich der Gespräche im Juni erörtert werden.

vgl. Tempointeraktiv.com, 15.5.06

## Reporter ermordet

Die Vereinigung Unabhängiger Journalisten (AJI) hat erklärt, dass Herliyanto, ein Reporter der Zeitung Delta Pos in Sidoarjo ermordet wurde. Der 40-jährige Herliyanto wurde am 29. April dieses Jahres nahe einem Teak-Wald im Dorf Tarokan, Probolinggo, Ostjava, gefunden. Die Autopsie erwies, dass das Opfer durch Einstichwunden an Bauch, Nacken und Kopf gestorben war. Das AJI-Untersuchungsteam fand mehrere Indizien dafür, dass Herliyanto

wegen seiner Arbeit ermordet wurde. Herliyanto hatte einmal über einen Fall von Korruption bei der Reisverteilung für die Armen im Dorf Tulupari berichtet. In einem anderen Fall hatte er über die Korruption im Zusammenhang mit der Trinkwasserversorgung im Dorf Padagangan, Probolinggo, berichtet. Auf der Basis seiner Erkenntnisse unterstützt AJI die Polizei in Probolinggo bei der Lösung des Mordfalls Herliyanto.

vgl. Tempointeraktiv.com, 15.5.06

## Bilaterales Abkommen

Indonesiern, die in Malaysias informalem Sektor arbeiten, werden ab dem 1. Juni 2006 Grundrechte gewährt. Dieser Beschluss ist das Ergebnis eines bilateralen Abkommens der beiden Länder, das am 14. Mai auf Bali unterzeichnet wurde. Irianto Ruslan Simbolon, Sprecher des Ministeriums für Arbeit und Transmigration, sagte, dass die Löhne der Indonesierinnen, die als Kindermädchen tätig seien, der Bauarbeiter und der Beschäftigten im malaysischen Servicebereich jährlich überprüft würden. Zudem stünde es ihnen zu, bis zu einem Tag in der Woche frei zu nehmen, und ihnen werde Jahresurlaub gewährt. Die gemeinsame Arbeitsgruppe stimmte an diesem Morgen zu, den monatlichen Mindestlohn zwischen 400 und 500 Ringgit anzusetzen, eine Erhöhung um etwa 30 Prozent des

jetzigen Lohnes. Die gemeinsame Arbeitsgruppe, die aus erfahrenen Beamten der beiden Länder zusammengesetzt ist, wurde nach der Unterzeichnung der Absichtserklärung durch Erman Suparno, Minister für Arbeit und Transmigration, und Dato M. Radzi bin Seikh Ahmad, dem malaysischen Innenminister, gebildet. Irianto sagte, die indonesischen Arbeiter seien auch berechtigt, ihre religiösen Rechte in Malaysia auszuüben. »Arbeitgeber werden aufgefordert werden, muslimischen Arbeitern zu erlauben, ihren täglichen Gebeten und dem Freitagsgebet nachzugehen, und Nicht-Muslimen wird gestattet, Kirchen und Tempel zu besuchen«, so Irianto.

vgl. The Jakarta Post.com, 16.5.06

## Geringere Zustimmung für Regierung

Das Indonesische Umfrage-Institut (LSI) hat festgestellt, dass die Bevölkerung mit der Arbeit des Präsidenten und Vizepräsidenten längst nicht mehr so zufrieden ist wie noch 2005. Ein wesentlicher Faktor, der für Unzufriedenheit sorgt, ist der Wirtschaftssektor. Im Jahresbericht 2005, dem eine Befragung von 1.109 Personen in 33 Provinzen zugrunde liegt, schätzten 53 Prozent die ökonomische Lage schlechter ein als noch im Jahre 2004. Gemäß Anis Baswedan, einem der Forscher am LSI, werde am stärksten der Anstieg der Preise für Brennstoffe (BBM) beklagt. Dies sei für die Befragten ein klares Anzeichen dafür, dass die Regierung nicht dazu in der Lage sei, die finanzielle Last für die Gesellschaft zu verringern. Insgesamt sagten 77,2 Prozent, sie seien

mit der Arbeit Präsident Yudhoyonos im Wirtschaftsberich nicht zufrieden. Jedoch war die Mehrheit der Befragten mit der Bekämpfung der Korruption und der Probleme in Aceh zufrieden. Trotz der Unzufriedenheit der Befragten mit der Entwicklung der indonesischen Wirtschaft zeigte sich in der Befragung des LSI, dass bisher noch keine andere Person so beliebt sei wie Präsident Yudhoyono. »SBY wird diese Wahl gewinnen, aber das öffentliche Stimmungsbarometer zeigt bereits besorgniserregende Tendenzen«, so Anis. Je länger Präsident und Vizepräsident im Amt sind, desto mehr lässt der Optimismus nach.

vgl. Kompas Cyber Media, 16.5.06, Republik Online, 16.5.06

## Transsexuelle fordern Gleichberechtigung

Gruppen, die sich für die Rechte Homosexueller und Transsexueller einsetzen, haben die Regierung aufgefordert, jegliche Diskriminierung zu beenden und ihr Recht, im formalen Sektor zu arbeiten, zu unterstützen. Die NGOs Arus Pelangi und die Stiftung Srikandi Sejati sagten, dass die Regierung die Chancen der Transsexuellen auf dem Arbeitsmarkt einschränke, indem sie Transsexuelle als geisteskrank einstufte. »Ich möchte die Öffentlichkeit darüber informieren, dass Transsexuelle genauso oder sogar besser als diejenigen arbeiten können, die derzeit im formalen Sektor arbeiten«, so Rido Triawan, der Vorsitzende von Arus Pelangi anlässlich einer Pressekonferenz. Er sagte, die Vereinigung Amerikanischer Psychologen habe 1973 erwiesen, dass Transsexuelle und Homosexuelle nicht geisteskrank seien. Die indonesische Regierung solle dies auch anerkennen. Die Transsexuelle Ines Angela von der Srikandi-Sejati-Stiftung erzählte Reportern bei der Pressekonferenz, dass die Firma, für die sie früher gearbeitet hatte, gedroht habe, sie umgehend zu entlassen, wenn sie nicht in Männerkleidung im Büro erscheine. »Ich arbeite, indem ich Energie und Einsatz zeige, nicht durch die Art, wie ich mich kleide«, sagte Ines, die nun die Finanzverwalterin der Stiftung ist. Rido sagte, die Gruppen hätten sicherlich noch einen langen Weg des Kampfes für ihre Rechte vor sich, aber »wenigstens könnte die Regierung damit anfangen, zuzugeben, dass wir nicht geisteskrank sind«.

vgl. The Jakarta Post.com, 16.5.06